

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufsicht für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 42

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Frachtkosten; durch die
Post 2.25 M. bezogen 75 Pfg. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wefallen.
Hachenburg, Mittwoch den 20. Februar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

17. Februar. In Danden und im Artois Feuerkampf.
— Deutsche Flieger greifen London, Dover, Dünkirchen und
andere Ziele mit Bomben an.
18. Februar. In vielen Stellen der Front ausbleibender
Kriegeslärme. — Militärische Anlagen hinter der Front
werden mit Bomben belegt. Ein Flugzeug greift London an.
— Der Waffenstillstand an der groß-russischen Front ist ab-
geklungen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Vor einigen Tagen sind wieder mehrere Arbeiter-
vertreter im Großen Hauptquartier empfangen worden.
Diesmal war dem Verbandssekretär Dr. Meißner und
dem Reichstagsabgeordneten Kohnmann als Vertreter des
Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Süd Berlin)
beigegeben. — In vielen Stellen der Front ausbleibender
Kriegeslärme. — Militärische Anlagen hinter der Front
werden mit Bomben belegt. Ein Flugzeug greift London an.
— Der Waffenstillstand an der groß-russischen Front ist ab-
geklungen.

+ Eine ernste Darlegung der kolonialen Kriegsziele
Deutschlands gab der Staatssekretär des Reichskolonial-
amts Dr. Solf in einer Rede zu Karlsruhe in der
deutschen Kolonialgesellschaft. Das Ziel der Reichsleitung
sei die Wiedererlangung des deutschen Kolonialbesitzes und
seine Ausgestaltung zu einem widerstandsfähigen und wirt-
schaftlich leistungsfähigen Gebilde. Sie sehe es als ihre
bedeutendste Aufgabe an, der den Frieden Europas gefähr-
denden Militarismus Afrikas mit allen Kräften ent-
gegenzuarbeiten. Der Staatssekretär trat für eine gerechte
Neuverteilung des kolonialen Besitzes aller Nationen
in Afrika ein. Ein Hinweis auf die übergrößen Ver-
stärkungen Frankreichs, Portugals und Belgiens genüge,
um klar erkennen zu lassen, daß die gegenwärtige Ver-
teilung diesen gerechten Maßstäben nicht entspreche.
Beim Friedensschluß müsse eine diesen Maßstäben besser
gerecht werdende Umlegung der Kolonien vorgenommen
werden.

+ In den letzten Tagen verhandelte die Kommission zur
Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen in
Berlin. Es kamen Fragen des Transportes, der An-
lieferung von Schiffen, der Beschaffung von Pulver, die
Lieferung von Kanonen gezählten Preise, die Nachprüfung der Selbst-
kosten der Lieferungsfirmen und Beschaffungen im Bereiche
der Heeresverwaltungen von Bayern, Sachsen und
Württemberg zur Sprache. Der Abgeordnete Kohnmann be-
richtete sodann über die Prüfung der Verträge, betreffend
die Werbeanläufe, der Abgeordnete Zimmermann über die
Prüfung der Verträge auf dem Gebiete des Luftschiff-
wesens. An der Hand eines Berichtes des Abgeordneten
Kohnmann wurde eingehend über Waffenbeschaffung ver-
handelt.

+ Im Beginn der Beratungen der preussischen Wahl-
rechtskommission beschwerten sich Nationalliberale und
Konservative darüber, daß die Nordb. Allg. Zeitung
einen Artikel der Frankfurter Zeitung abgedruckt habe,
der die Parteien Verleumdungen vorwerfe. Solche
Verleumdungen müsse die Regierung verhindern.
Minister Dr. Drews antwortete, die Regierung
müsse es ablehnen, sich den ganzen Text der Nordb.
Allg. Stg. vorlegen zu lassen. Dann wurde § 2 (Aus-
schluß vom Wahlrecht) bei Stimmenthaltung der Kon-
servativen angenommen und weiter in die Beratung des
§ 3 „Jeder Wähler hat eine Stimme“, eingetreten.
+ Der Reichskanzler Graf v. Hertling hat am Montag
den Vorsitzenden des Volksbundes für Freiheit und
Vaterland, Professor Franke, empfangen, um einen Bericht
über Entstehung, Aufgaben und Tätigkeit des Volksbundes
abzuhören. Der Kanzler hat von diesem Bericht
mit Interesse Kenntnis genommen.

Polen.

+ Der polnische Regimentsrat, der Staatsrat und die
Stabskorpskommandanten von Warschau hatten nach
Ausscheidung des Cholmer Gebietes im Ukrainischen Friedens-
vertrag außerordentlich scharfen Protest erhoben und zwar
unter Umgehung der Zensurvorrichtungen und ohne
sich irgendwie mit den deutschen Verwaltungsbehörden in
Verbindung zu setzen. Sowohl wegen der Fassung der
Rundgebung, wie wegen des eigenmächtigen Vorgehens
der Regierung, hat die deutsche Regierung an zuständigen
Stellen nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Das polnische
Wochenblatt, der „Monitor-Polski“, ist beschlagnahmt worden.

Großbritannien.

+ Die politische Spannung nimmt mit jedem Tage zu.
Nach den starken Angriffen auf Lloyd George im Unter-
hause schien eine gewisse Ruhe einzutreten, die aber jetzt
unterbrochen wird von der Meldung des Rücktritts Sir
Robertsons vom Posten des Generalstabschefs. Der
scheidende Generalstabschef darf als ein Opfer des
Versailler Kriegsrats betrachtet werden. Offenbar wollte
er sich den Beschränkungen nicht unterwerfen, die dem eng-
lischen Oberbefehlshaber durch die neue Ordnung des Ober-
befehls vorgeschrieben worden sind. Sein Rücktritt zeigt,
daß Lloyd Georges Stellung unerschütterlich ist.

Frankreich.

+ Die Friedensströmung in den sozialistischen Kreisen
macht der gesamten bürgerlichen Presse große Sorgen.
Der „Figaro“ schreibt darüber: Der Begriff eines Friedens
um jeden Preis macht besorgniserregende Fortschritte, die
man hemmen müsse, wenn man nicht wolle, daß er sich
immer mehr ausbreite. — Der zum Tode verurteilte Bolo-
Pascha hat gegen das Urteil Berufung angemeldet.

Italien.

+ In der italienischen Kammer erklärte der Minister
des Äußern Sonnino, der von der Petersburger Volks-
regierung veröffentlichte Artikel 16 des Entente-
abkommens über die Ausschließung des Papstes von den
Friedensverhandlungen existiere in dieser Fassung nicht.
Der Abgeordnete Longinotti nahm die Erklärungen Son-
ninos zur Kenntnis und betonte, daß eine Klausel über
die Beteiligung des Papstes am Friedenskongreß bestehe,
wenn ihr auch nicht der bekannt gewordene Text zu Grunde
liege. Das allein genüge, um in kirchlichen Kreisen einen
schmerzlichen Eindruck zu erwecken.

Aus Ja- und Ausland.

Berlin, 18. Febr. Eine Sonderkommission der Volks-
republik der Ukraine ist am 16. Februar in Berlin eingetroffen
und hat im Hotel Continental Wohnung genommen. Sie
besteht aus vier Mitgliedern, den Herren Scholarenko, Pro-
fessor Ostasenko, Leonchik und Dolmetzschew. Die auch an
den Verhandlungen in Brest-Litowsk teilgenommen haben.

Wien, 18. Febr. Kaiser Karl hat den Grafen Czernin
zum Generalmajor außer Dienst ernannt.

Stockholm, 18. Febr. Die schwedisch-russischen Ver-
handlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf. Die
russischen Truppen verlassen auf schwedischen Schiffen die
Küstengewässer.

Amsterdam, 18. Febr. Northcliffe hat die Stellung
eines Leiters der Propaganda in den feindlichen Ländern
übernommen.

Paris, 18. Febr. Im Senat ist die Frage erörtert
worden, die gesamten Rohstoffe der Welt für den Ver-
band und die besetzten Mächte nutzbar zu machen.

Paris, 18. Febr. Der Staatshaushaltsausschuss bewilligte
einen Kredit von 110 Millionen, den die Regierung zur
Charakterisierung brasilianischer Schiffe gefordert hatte.

Petersburg, 18. Febr. Hier wurde eine Offiziersver-
sammlung gegen Lenin einberufen. Lenin sollte gefangen-
genommen und als Geisel gebraucht werden.

Bern, 18. Febr. Die Untersuchung gegen Caillaux
ist abgeschlossen. Die Verhandlung wird in der ersten Wä-
rwoche vor dem Militärgericht des Seines Departements be-
ginnen.

Genf, 18. Febr. Wie aus Lyon gemeldet wird, soll der
Prozeß Koton bis zum April vertagt sein.

Genf, 18. Febr. Londoner Blättermeldungen zufolge ist
gegen Oberst Kington die Anklage wegen Hochverrats
eingeleitet worden.

Lugano, 18. Febr. Nach einer Meldung italienischer
Blätter ist der italienische Vorkämpfer der Marchese della Ter-
za in Petersburg auf offener Straße überfallen und beraubt
worden.

Vermehrung der Reichstagsitze.

44 Mandate durch Verhältniswahl.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenfassung
des Reichstages und die Verhältniswahl in großen
Reichstagswahlkreisen, der jetzt dem Reichstage zu-
gegangen ist, sieht zunächst eine Erhöhung der
Mandate auf 441 (von 397) vor. Künftig wählt
Berlin 10 (bisher 6), Kettow 7, Hamburg 5, Bochum
und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund,
Essen, Mülheim, München und Dresden je 3, Düsseldorf,
Elberfeld, Hannover, Stuttgart, Königsberg, Hinden-
burg, Kiel, Neudamm, Nürnberg, Chemnitz, Mann-
heim und Bremen je 2 Abgeordnete. Für alle diese
Wahlkreise gilt das Verhältniswahlrecht.

Aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf geht her-
vor, daß man nicht (wie das Wahlgesetz vom 31. Mai 1869
bestimmte) für je 100 000 Einwohner einen Abgeordneten
einsetze, sondern in die Neuordnung nur jene Wahlkreise
einbeziehen will, die über 300 000 Einwohner haben.
Diesen Wahlkreisen soll für je 200 000 Einwohner und
für einen etwaigen Überrest von mehr als 100 000 Ein-
wohnern je ein Abgeordneter angeteilt werden. Die
Regelung nach diesem Schema ist gewählt, um nicht
ein zu starkes Anschwellen der Zahl der Reichs-
tagsmitglieder und damit eine Erschwerung der Arbeiten

des Parlaments herbeizuführen. Die Begründung scheint
anzudeuten, daß eine grundlegende Neuordnung der Reichs-
tagszusammensetzung in Verbindung mit einer Neuord-
nung der Bevölkerung entsprechend vorgenommen werden soll.

Wenn jetzt die Verhältniswahlkreise neu geordnet und ihre
Vertretung im Reichstage durch Zuweisung neuer Mandate
geordnet wird, so ist damit eine Forderung der Mehrheits-
parteien erfüllt, die Graf Hertling bei Übernahme des
Reichskanzleramtes zugesagt hatte. Die Teilreform der
Wahlkreiseinteilung geht von dem Gedanken aus, daß
einerseits jedem Bundesstaat, in Bremen jeder Provinz
der frühere Bestand erhalten bleibt, und daß andererseits
die Gebiete, in denen seit 1869 eine unverhältnismäßige
Vermehrung der Bevölkerung eingetreten ist, mehr Ab-
geordnete als bisher erhalten.

Besondere Interesse erweckt in allen Kreisen natürlich
die Einführung der Verhältniswahl, die seit langen Jahren,
wie in anderen Ländern, besonders in England und
Frankreich, so auch bei uns heiß umstritten gewesen ist.
Sie ist vorläufig für alle Wahlkreise eingeführt, die mehr
als einen Abgeordneten in den Reichstag entsenden, um
so auch den Minderheiten die Möglichkeit einer parla-
mentarischen Vertretung zu geben. Im deutschen Reichs-
tage werden also künftig zwei Wahlsysteme
nebeneinander bestehen, nämlich die Mehrheitswahl
und die Verhältniswahl. (Das Nebeneinander beider
Systeme besteht seit langem in Württemberg und Hamburg
und hat sich durchaus bewährt.) Die Verhältniswahl
kann natürlich nur durchgeführt werden, indem die bis-
her rechtlich bestehende Wahlfreiheit des einzelnen
Wählers in der Auswahl der Kandidaten insofern einge-
schränkt wird, als sie an den Listenzwang gebunden wird.
Der Wähler kann die Namen seines Stimmzettels nach
Belieben aus sämtlichen von den verschiedenen Partei-
organisationen ausgegebenen Vorschlagslisten zusammen-
stellen. Auch können von vornherein die Vorschlags-
listen mehrerer Parteien verbunden werden. Nur
in die Wahl von sogenannten „Wilden“, die
auf keiner Vorschlagsliste stehen, als dem Geiste der Ver-
hältniswahl widersprechend, von vornherein ausgeschlossen.
Damit auch die kleinsten Minderheiten zu ihrem Rechte
kommen, können Vorschläge bereits von 25 zur Wahl be-
rechtigten Personen im Wahlkreise eingereicht werden. Die
Vorschlagsliste dürfen höchstens zwei Namen mehr
enthalten als Abgeordnete auf den Wahl-
kreis entfallen. Die Abgeordnetenliste werden
auf die Vorschlagslisten nach dem Verhältnis der er-
mittelten Stimmen verteilt. Dazu werden die Stimmen-
zahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Aus
den Ergebnissen werden so viele Höchstzahlen ausgezählt,
als Abgeordnetenplätze zu vergeben sind. Jeder Wahlvor-
schlag (Liste) erhält so viel Mandate, als Höchstzahlen auf
ihn entfallen. Diese etwas verwickelte Bestimmung möge
folgendes Beispiel erläutern:

In einem Wahlkreise, auf den fünf Mandate entfallen,
haben erhalten die Listen

A	B	C	D	E
180 000	104 000	76 000	30 000	28 000

So würde nach der Teilung durch 1, 2, 3 und 4 das Schema
wie folgt aussehen:

A	B	C	D	E
180 000	104 000	76 000	30 000	28 000
90 000	52 000	38 000	15 000	14 000
60 000	34 333	25 333	10 000	9 333
45 000	25 000	19 000	7 500	7 000
36 000	20 800	15 200	6 000	5 600

Die Höchstzahlen wären demnach 180 000 (A), 104 000
(B), 90 000 (A), 76 000 (C) und 60 000 (A). Liste A würde
also drei Abgeordnete, Liste B und C je einen bekommen,
während die übrigen Listen keinen Abgeordneten erhielten.

Vorgänge und Schwächen der Verhältniswahl werden
an dem Schema klar. Die Minderheiten bleiben auch hier
unvertreten, die Mehrheiten aber kommen zu einem ge-
rechteten Ausgleich, als bei dem bloßen Mehrstimm-
system.

Nach Ablauf des Waffenstillstandes.

Österreich will mit Rußland weiter verhandeln.
In Wien wird halbamtlich bekanntgegeben: Infolge
der derzeit in Rußland und zwar besonders in Petersburg
herrschenden Anarchie und der dadurch bedingten Unsicher-
heit hat sich der Minister des Äußern veranlaßt gesehen,
die unter Führung des Generalkonsuls v. Hempel in
Petersburg befindliche Kommission zeitweilig abzurufen.
Die Kommission hat jetzt die deutschen Linien südlich
Dünaburg überschritten und befindet sich auf der Reise
nach Wien. Sobald die Sicherheitsverhältnisse in Peters-
burg es gestatten, wird sich die Kommission wieder dahin
zurückbegeben.

Duchanan wieder Petersburger Vorkämpfer.

Wie die Stockholmer Berichte besagen, trifft die Nachricht
von der Vertreibung des Ententebotschafters aus Peters-
burg nicht zu. Es sind im Gegenteil gemeinsame Be-
ratungen der fremden Gesandtschaften mit Lenin und

